

**Gesellschaftliche Bündnisse zur  
Rückgewinnung des Naturbezuges**

**20 Jahre Klima-Bündnis**

Heidi Feldt, Clarita Müller-Plantenberg (Hrsg.)

**Kassel 2010**

Entwicklungsperspektiven Nr. 99

Kassel 2010

kassel university press GmbH

[www.upress.uni-kassel.de](http://www.upress.uni-kassel.de)

ISBN print: 978-3-89958-788-3

ISBN online: 978-3-89958-789-0

URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0002-7892>

### **Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Titelfoto: Organización Indígena de Antioquia (OIA)

Umschlaggestaltung: Kassel university press GmbH, Kassel

Universität Kassel

FB 05

Nora-Platiel-Str. 5

34127 Kassel

Tel.: 0049 561 804 3152

Fax: 0049 561 804 3464

<http://www.uni-kassel.de/fb5/soziologie/sel/>

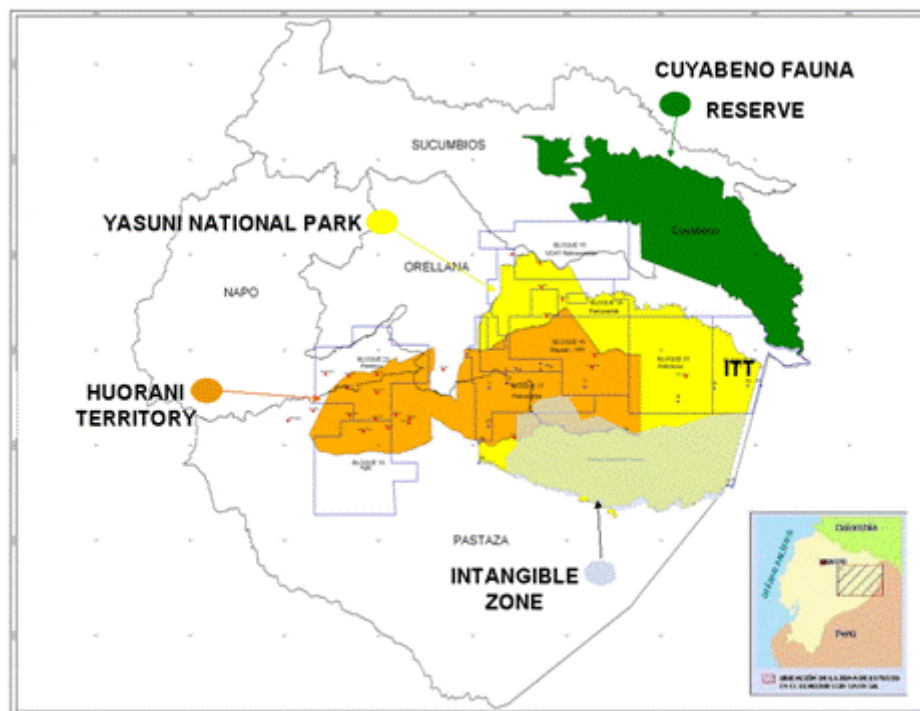
# Das Erdöl im Boden lassen oder die Suche nach dem verlorenen Paradies

## Politische und ökonomische Aspekte zur Unterstützung der Initiative, das Erdöl im Yasuní Nationalpark nicht zu fördern

Alberto Acosta, Eduardo Gudynas, Esperanza Martínez, Joseph Vogel

Im Jahr 2007 präsentierte das Energie- und Bergbauministerium Ecuadors öffentlich den Vorschlag, dass Erdöl im Nationalpark Yasuní nicht zu fördern. Die Initiative ist zum einen ein grundlegender Beitrag zum Schutz der Umwelt und seiner Bewohner, zum anderen bietet sie eine neue Dimension auf der Suche nach Alternativen zu einer Entwicklung, die auf dem Abbau und dem Export von Primärprodukten basiert.

Der Vorschlag, auch nach den Namen der betroffenen Erdölfelder Ishingo-Tambococha-Tiputini ITT-Initiative genannt, erreichte sehr schnell internationale Aufmerksamkeit und stieß eine breite Debatte über die Möglichkeit ihrer Konkretisierung an. Es war klar, dass für die Realisierung des Vorschlags Geld benötigt wird und so wird auch diskutiert, woher dies kommen könnte.



Courtesy: Alberto Acosta, Minister of Energy & Mines, Ecuador. "Yasuní, forjando el camino hacia lo imposible. Dejar el crudo en el subsuelo." University of Maryland video conference, May 23, 2007.

Die Initiative umfasst unterschiedliche Aspekte: sie bedeutet den Bruch mit der Umweltgeschichte des Landes und birgt die Möglichkeit, sich zu einer Maßnahme gegen die Erderwärmung zu entwickeln, weil sie die Etappe des Diskurses ohne effektive Vorschläge überwindet. Es ist ein radikaler Schritt, der die Logik der Entwicklung auf der Grundlage von Extraktion in Frage stellt und es ist eine Option um global das *Gute Leben* aufzubauen. Das Projekt baut auf dem Respekt vor der Natur und vor den Kulturen der indigenen Völker, die in der Region in freiwilliger Selbstisolation leben, auf.

Der Vorschlag hat zu einer Reihe von Polemiken geführt. Aber die ökonomische Krise von 2008 hat klar die Widersprüche des herkömmlichen Entwicklungsstils und die Verletzbarkeit von Gesellschaften wie der ecuadorianischen aufgezeigt sowie die Notwendigkeit, nach Alternativen suchen zu müssen, verdeutlicht. Der ITT-Vorschlag öffnet die Türen für den gemeinsamen Aufbau einer Post- Erdölzeit, eine Aufgabe die bereits vor Jahren in Ecuador begonnen wurde.

Die Initiative ITT will den Abbau von fossilen Brennstoffen in Regionen mit großer biologischer und kultureller Diversität verhindern. Von daher ist sie eine Maßnahme zum Schutz der biologischen Vielfalt des Amazonas. Gleichzeitig will man den aktuellen internationalen Kontext nutzen, in denen über neue Maßnahmen zu Energie und Umwelt diskutiert wird. Es ist möglich, dass Ecuador eine politische Führungsrolle in dem Bereich auf internationaler Ebene übernehmen kann.

Seit der öffentlichen Vorstellung des Vorschlags sind mehr als zwei Jahre vergangen und die Instrumente und Maßnahmen zu seiner Konkretisierung sind immer noch nicht geklärt und abgestimmt. Wir wollen durch Reflexion und Analyse zur Klärung beitragen. Dieser Text ist das Produkt von mehreren Personen, die, obwohl sie nicht in allem einer Meinung sind, darin übereinstimmen, dass die Initiative weiterdiskutiert werden muss und schlagen mehr oder minder abgestimmte Ideen vor. Dieses gemeinsame Dokument ist ein Beispiel dafür, dass eine Umweltpolitik auf der Basis unterschiedlicher Werte möglich ist.

Die Autoren dieses Beitrages gehen davon aus, dass es gute Argumente für den ITT-Vorschlag gibt:

- den Schutz der Menschen, die in der Region leben,
- die große biologische Vielfalt und sich daraus ergebende besondere ökologische Relevanz der Region ,
- sein Beitrag zum globalen Klimaschutz und

- die Möglichkeit für einen Weg in eine post – materielle Entwicklung, die das Land aus der Abhängigkeit von den extraktiven Tätigkeiten löst.

Wir stellen fest, dass die ecuadorianische Verfassung von 2008 die Bedeutung der Initiative unterstreicht, vor allem die Vorgaben zu dem Recht der Umwelt und dem *buen vivir*, dem Guten Leben. In der Konsequenz heißt es, dass die Initiative als staatliche Politik mit klaren politischen Inhalten gehandhabt werden muss.

Die Umsetzung der Initiative erfordert finanzielle Unterstützung. In diesem Dokument werden verschiedene Möglichkeiten aufgezeigt. Es gibt verschiedene Optionen, die jeweils unterschiedlichen Vorstellungen von der Bedeutung des finanziellen Beitrages entsprechen. Von daher gibt es auch mehr als einen Weg auf der Suche nach finanzieller Unterstützung. Die Gelder sollten als Hilfe für die Initiative verstanden werden und nicht als ihr Ziel. Wir gehen davon aus, dass das Design dieser Mechanismen und die Verteidigung der Initiative einen neuen und größeren Protagonismus der Regierung auf nationaler und internationaler Ebene bedürfen.

### **Die ITT-Initiative: Stand der Debatte**

Die Erdölvorkommen des ITT befinden sich im Nordosten des Yasuní Parks. Die letzten Schätzungen gehen von 846 Millionen förderbarem schwerem Erdöl (14,7° API) aus. Die Fördermenge würde ab dem 5. Jahr 107.000 Barrel pro Tag betragen und die Förderdauer insgesamt ca. 13 Jahre umfassen. Im Falle der Aufnahme der Erdölproduktion sind außerdem eine Raffinerie und eine thermoelektrische Anlage geplant.

Der Yasuní Park wurde 1979 gegründet, seitdem wurden mehrmals seine Grenzen verschoben. Zurzeit umfasst er 982.000 ha (Fontaine, Narváez, 2007). Der aktuelle Zustand des Parks ist schlecht, da er von den ecuadorianischen Parks bezogen auf die Fläche die geringste finanzielle Unterstützung erhält und mit wenig Personal ausgestattet ist.

Seit der ersten öffentlichen Vorstellung der Initiative hat sie vielfache Unterstützung erfahren, aber auch viele zweifelnde oder verständnislose Kommentare erhalten. Mitte 2008 erklärte das deutsche Parlament formal seine Unterstützung und forderte andere europäische Parlamente auf, ähnliches zu tun. Dies war die bisher größte Zustimmung. Die deutsche Regierung hat mittlerweile einen finanziellen Beitrag zur Konkretisierung der Initiative zugesagt. Auch wenn es noch nicht gelungen ist, die Unterstützung der norwegischen Regierung, die den größten europäischen Fonds zur Reduzierung von Emissionen aus der Waldzerstörung und -schädigung finanziert, zu erhalten, so sind doch mehrere politische und gesellschaftliche Sektoren des Landes an der Unterstützung der Initiative interessiert.

Die Initiative ist darüber hinaus von Mitgliedern des Europäischen Parlaments ebenso wie von nordamerikanischen Institutionen, multilateralen Organisationen und internationalen Nichtregierungsorganisationen begeistert begrüßt worden. Der Enthusiasmus auf der internationalen Ebene steht im Widerspruch zu der doch eher verhaltenen Zustimmung in Ecuador. Eine Erklärung dafür wäre die begrenzte Werbung für die Idee im Land selber.

Der Präsident der Republik, Rafael Correa, stellte die Idee 2007 im Rahmen der Vereinten Nationen vor: Man würde das schwere Erdöl im Boden lassen, wenn die internationale Gemeinschaft sich verpflichtet, Ecuador die Hälfte der verlorengegangenen Gewinne zu ersetzen. In dem Augenblick hatte man noch nicht darüber nachgedacht, wie schwierig es sein würde, diesen Betrag zu definieren. Aber der Vorschlag geht in die Richtung einer gemeinsamen Verantwortlichkeit von Ecuador und dem Ausland.

Die Initiative erfuhr auf nationaler Ebene eine (indirekte) Unterstützung als die ecuadorianische Gesellschaft am 28.9.2008 für die Verfassung stimmte. Der Kern der Verfassung ist das Konzept des „Guten Lebens“ (*buen vivir* oder *sumak kawsay*) und die Anerkennung der Rechte der Natur.

Die ITT Initiative ist Teil dieser neuen Entwicklungsvision für Ecuador und wird von anderen Vorschlägen des Präsidenten Correa begleitet. So schlug er zum Beispiel im Rahmen der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) im November 2008 vor, eine Steuer auf den Export von Erdöl zu erheben, um so den Kampf gegen die Armut zu führen und alternative Energiequellen als Mittel des Klimaschutzes zu fördern. Auch der Vorschlag, die Auslandsschulden nicht zu zahlen, trägt dazu bei, grundsätzlich die internationalen Verhandlungen zu verändern und Fortschritte in Richtung einer globalen Gerechtigkeit zu machen.

Leider hat die Regierung bisher noch keine klare Strategie definiert – trotz der verschiedenen und immer begeisterten Präsentationen der Initiative durch Präsident Correa im Ausland. Es gibt verschiedene inkonsistente und widersprüchliche Positionen der Regierung, die die Initiative in Frage stellen. Zwar wirkt der Vorschlag gelegentlich wie ein gordischer Knoten, doch bedrohen Ambivalenzen der Regierung diese wirklich revolutionäre Initiative.

Zwei Jahre sind seit der öffentlichen Formulierung der Initiative vergangen, aber die Instrumente mittels derer sie konkretisiert werden soll, stehen immer noch nicht fest. So ist weder klar, wie die notwendigen finanziellen Mittel gesichert werden sollen, noch welche politischen Schritte unternommen werden müssen, um Ecuador in eine Post-Erdölförderzeit zu führen. Auch ist auf internationaler Ebene unklar, auf welchen Pfeilern eine globale Politik des Zusammenlebens, die auf Umweltgerechtigkeit basiert, aufgebaut werden soll.

## **Kernelemente des Konzeptes**

Im Folgenden werden die Kernelemente des Konzeptes der ITT-Initiative analysiert und kommentiert.

### **Der Rahmen durch die neue Verfassung**

Die neue Verfassung Ecuadors greift verschiedene Ideen, Konzepte und Forderungen auf, die direkt mit der ITT-Initiative verbunden sind. Der Text der Verfassung ist ein starkes Mandat für soziale Gerechtigkeit und die Verteidigung der Natur. Dies drückt sich in der Anerkennung der Rechte der Natur aus und in der Verbindung des Naturschutzes mit einer Entwicklung, die sich am *buen vivir* orientiert.

Die ITT-Initiative basiert auf sozialer und Umweltgerechtigkeit. Der Schutz der Region beruht auf der Bedeutung seiner reichen biologischen Vielfalt, der Bedeutung für die dort lebenden Menschen und den hohen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kosten eines solchen Unternehmens. Die Vielfalt der Werte ist der neue Ausgangspunkt für die Entwicklung und Diskussion einer Politik, in der die klassische Ökonomie der Kosten - Nutzen Analyse basierend auf den Werten des Marktes, nicht mehr der allein bestimmende Faktor sein kann. Die Umweltdimension kann nicht mehr losgelöst von der sozialen gesehen werden. Sehr viele Werte sind nicht messbar. In Übereinstimmung mit der neuen Verfassung muss das „Gute Leben“ auf den Menschenrechten und den Rechten der Natur basieren.

Die Anerkennung der Vielfalt der Werte (religiöse, kulturelle, ökologische) erlaubt auch die Einbeziehung der eigenen Rechte der Natur – wie es die ecuadorianische Verfassung vorsieht. Dadurch wird eine Entscheidungsfindung als politischer Prozess möglich und nicht als eine technische Lösung, die auf der Kosten / Nutzen Analyse basiert.

Darüber hinaus gibt die ITT-Initiative Antworten auf das Prinzip der gemeinsamen aber unterschiedlich ausgeprägten Verantwortung im Rahmen des Klimaschutzes, dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Umweltzerstörung im Allgemeinen und der globalen Finanzkrise.

Die Initiative basiert auf einer Strategie für eine post-materielle Entwicklung mit einer post-extraktiven Komponente aus der Sicht eines Landes, das von Erdölexporten abhängig ist. Dies verlangt innovative Vorschläge: wie kann man revolutionäre Ideen in die Praxis umsetzen, die neue Finanzierungsmechanismen benötigen und wie kann man Ideen nutzen, die über viele Jahre verworfen wurden und in der Aktualität immens wichtig werden.

Eine innovative Idee wie diese braucht auch neue Instrumente. Im Folgenden sollen einige diskutiert werden.

Ausgehend von dem neuen verfassungsrechtlichen Rahmen ist es möglich, den Vorschlag auf drei Säulen aufzubauen:

### **a. Nationale Gründe**

Auf nationaler Ebene sprechen mehrere Gründe dafür, das Erdöl im Boden des Yasuní zu lassen:

Zuallererst würde das Verschwinden der Gemeinschaften der Tagaeri, Taromenane und Oñamenane, die zum Volk der Huaorani gehören, verhindert. Ihre Subsistenz hängt von der Jagd, dem Sammeln und dem Ackerbau ab. Die Huaorani haben die Belagerung durch andere Kulturen und der westlichen Zivilisation überlebt, in dem sie sich in Gebiete wie den Yasuní zurückgezogen haben. Trotzdem hat die ständige und expansive Nutzung der Wälder und die Erdölaktivitäten das Leben vieler Huaoraní irreversibel beeinflusst. Daher haben die Tagaeri, Taromenane und Oñamenane entschieden, sich in freiwilliger Isolation in das Schutzgebiet des Yasuní zurückzuziehen.

Die ökologische Bedeutung der Region ist unumstritten. Die Vorräte des ITT befinden sich im Untergrund einer Region mit der größten Vielfalt des Planeten, die nicht weniger als 165 Säugetier-, 110 Amphibien-, 72 Reptilien-, 630 Vogel- und 1130 Baumarten sowie 280 verschiedene Lianen beherbergt. Die Bedeutung des Gebietes ist so groß, dass die UNESCO sie 1989 zum Biosphärenreservat erklärt hat.

Die nationale Gesetzgebung verlangt sowohl den Schutz der Menschen wie den Erhalt der Ökosysteme. Dies umfasst auch die Normen über kollektive Rechte indigener Völker, die Gesetze und Ausführungsbestimmungen zum Umweltschutz, aber auch die Rechte der Natur. Die geltende Verfassung verstärkt und vertieft diese Aspekte.

Zurzeit ist die Situation besorgniserregend. Das Schutzmodell für den Yasuní läuft Gefahr zu scheitern, da der Staat seine Verantwortung zum Schutz nicht effektiv umsetzt, weil es Spannungen und Konflikte sowie rechtliche Unsicherheiten und mangelnde Umsetzung der existierenden Normen gibt. Dies liegt zu einem großen Teil an dem Druck, den die Erdölindustrie erzeugt. Die ITT Initiative hätte den großen Vorteil, diesen Druck vom Yasuní zu nehmen.

Die Öffnung des Parks für die Erdölindustrie würde dieselben Auswirkungen wie in anderen Teilen Amazoniens haben: Verschmutzung, Zerstörung der Subsistenzbasis der indigenen Bevölkerung. Nach den Erdölunternehmen kämen andere Akteure, wie die illegalen Holzfäller oder Siedler, die nicht angepasste Landwirtschaft betreiben.

Auf der nationalen Ebene ist klar, dass die wirtschaftlichen Kosten der sozialen, ökologischen und produktiven Auswirkungen der Erdölproduktion die potenziellen Einnahmen aufwiegen.



## **b. Regionale Gründe**

Der Yasuní ist Teil der großen Bioregion Amazonas, die sich die Länder Ecuador, Brasilien, Bolivien, Kolumbien, Peru, Venezuela, Guyana sowie Surinam und das Territorium von Französisch Guayana teilen. Daher steht sein Schicksal, sei es nun der Erhalt oder die Zerstörung, in unmittelbarer Beziehung zu den Ökosystemen des tropischen Waldes des Amazonas. Als Teil des Ganzen ist der Yasuní für die regionale biologische Vielfalt, das Klima, die Wasserzyklen, für die Fauna und Flora von Bedeutung.

Im Rahmen der *Comunidad Andina* hat Ecuador zusammen mit den anderen Ländern die „Regionale Strategie für biologische Vielfalt der tropischen Andenländer“ (Decisión 523, 7.7.2002) verabschiedet. Diese Strategie, die mehrere Ziele für den Erhalt der biologischen Vielfalt setzt, hat aufgrund seiner Konzentration auf Marktmechanismen noch viele Beschränkungen. Von daher müsste sie vor der Umsetzung noch mal überdacht werden.

Ecuador könnte auf regionaler Ebene die Führung übernehmen, in dem es den Amazonas schützt und die anderen Staaten der Region zu ähnlichen Handlungen animiert.

## **c. Globale Gründe**

Auf globaler Ebene würde ‚Erdöl im Boden lassen‘ bedeuten, dass man das Erdöl des ITT nicht verbrennen könnte. Mit anderen Worten: man würde die Emission von 400 Mio. t CO<sub>2</sub> vermeiden. Auch der Verlust von Wald ist ein bekannter Grund für die Produktion von Treibhausgasen. In dem der Entwaldung Einhalt geboten wird, werden direkt Emissionen reduziert.

Diese Argumente sind im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen des Landes, vor allem bezüglich der Klimarahmenkonvention wie der Konvention über die biologische Vielfalt.

## **Die ITT-Initiative als staatliche Politik**

Wir gehen davon aus, dass aufgrund der Bedeutung des Vorschlags und des verfassungsrechtlichen Kontextes die ITT-Initiative als staatliche Politik verstanden werden muss. Das impliziert, dass ihr der gleiche Stellenwert wie z.B. der Gesundheits- oder Bildungspolitik zukommt. Die Initiative darf nicht auf das Ökologische beschränkt werden, da sie – wie bereits erwähnt – auch soziale und ökonomische Dimensionen umfasst.

Auch wenn die Regierung von Rafael Correa die Betonung auf die Frage der Kompensation für das im Boden gelassene Erdöl legt, so ist der Vorschlag doch in erster Linie politisch und muss auch auf dieser Ebene verteidigt werden.

In der orthodoxen Wirtschaftslehre werden zwar Effizienz und Gleichheit berücksichtigt, aber meist nur zweitrangig behandelt. Die ITT-Initiative zeigt, dass Effizienz dadurch erreicht werden kann, wenn man zuerst an Gleichheit denkt. Es gilt daher ausgehend von dem Vorschlag ein Modell zu entwickeln, das es erlaubt, aus der Schwäche des Dollars, die ihr inhärent ist, und aus der Abhängigkeit vom Erdöl zu fliehen und das *sumak kawsay* (Gute Leben) aufzubauen. Diese Strategie ist vor allem national, es braucht zwar internationale Komponenten, aber seine Motive und Ziele sind national.

Aus der politischen Sichtweise mag die Initiative als realitätsfern betrachtet werden – als radikal oder naiv. Es gab verschiedene Äußerungen in diese Richtung und es ist sinnvoll, sie auf der konzeptionellen Ebene zu diskutieren. Als Beispiel mag die Haltung von G. Fontaine (2007) gelten, da sie am besten formuliert ist. Er stimmt mit uns überein, dass es um eine politische Option geht, aber er sieht einen Widerspruch zwischen einem „utopischen Ökologismus“ und einer „nationalen Erdölpolitik“.

Die IT-Initiative kann aus mehreren Gründen nicht als „utopischer Ökologismus“ bezeichnet werden:

1. Zwar ist die Forderung nach einem Schutz der Region eine Forderung der Umweltbewegung als Bürgerbewegung, aber es ist auch die Aufgabe des Staates selber, festgelegt in der aktuellen Gesetzgebung und in der neuen Verfassung, die durch die ecuadorianische Bevölkerung verabschiedet wurde. Die Bewertung mit dem Zusatz „utopisch“ als etwas unrealistisches oder fantastisches ist angesichts der weltweiten Krise des Erdölsektors, der zunehmende Verknappung der Ressource und den wachsenden sozio-ökologischen Kosten des Abbaus und des Klimawandels nicht gerechtfertigt. Es ist daher „realistisch“, diese Probleme anzuerkennen, sie aufzugreifen und produktive Alternativen zum Erdöl zu suchen. Die Bezeichnung „utopisch“ verstanden als Horizont, zu dem man strebt, um die Grenzen der aktuellen Ideologie zu sprengen, ist daher opportun.
2. Der Vorschlag ist keine Opposition gegen eine „nationale Erdölpolitik“. Im Gegenteil: durch die Yasuní Initiative wird die Kontrolle über die Ressourcen zurückgewonnen und in die Hände Ecuadors gegeben - ohne das Risiko, sich transnationalen Erdölkonzernen beugen zu müssen. Außerdem ist es nicht nationalistisch, die Verschmutzung der Region und Übergriffe auf Indigene zu erlauben.

Aus unserer Sicht ist die Yasuní Initiative nicht nur Teil einer nationalen Umweltpolitik sondern auch Bestandteil einer anderen nationalen Energiepolitik, die den Erdölsektor nicht ausschließt, sondern ihn in einen anderen Kontext stellt, in dem die Energiequellen diversifiziert werden (siehe Acosta, 2009).

## Die Grenzen der Natur

Es ist notwendig einige Anmerkungen zu den ökologischen Grenzen zu machen. Die Natur hat Grenzen, die die Ökonomie nicht überschreiten kann oder darf. Diese zeigen sich auf lokaler Ebene (z.B. das Aussterben von Arten im Amazonas, die Verschmutzung durch Rohöl, wie sie in vielen Fällen u.a. durch Texaco belegt sind, Berinstain et al, 2009), auf regionaler Ebene (z.B. Veränderungen der Klimadynamik im Amazonas, Veränderung der Regenzeiten und -dauer) und auf internationaler Ebene (der Klimawandel).

Der konventionelle Ansatz beschränkt sich darauf, aus den Gütern und Leistungen durch die Zuweisung von Eigentumsrechten handelbare Elemente zumachen, aber er greift die Vorstellung der Begrenzung nicht auf. Allerdings gibt es mittlerweile viele Informationen über die Konsequenzen der Übernutzung der natürlichen Ressourcen und der Kapazitäten des Ökosystems und des Planeten, deren Auswirkungen zu verkräften. Diese Situation resultiert aus der Generalisierung eines egoistischen Verhaltens, das unfähig ist, die Grenzen einer Ressource anzuerkennen.

## Einige ökonomisch-ökologische Anmerkungen

### a. Die Grenzen der konventionellen Ökonomie

Ein Problem der Marktwirtschaft ist, dass sie in ihren Berechnungen weder die externen Effekte noch die Interessen künftiger Generationen oder anderer Arten einbezieht. Nach wie vor existiert eine große Unkenntnis über den Wert (was nicht gleichbedeutend mit dem Preis ist), man ignoriert die Vielfalt der Werte und die komplexe Beziehung zwischen den Ökosystemen und den Arten. In diesem Kontext ist die Kosten-Nutzen-Analyse nicht anwendbar, da sie das, was man nicht weiß, mit null bewertet oder Ressourcen, die genutzt werden können, nach dem Gebrauchswert bemisst. Außerdem ist es in der Kosten-Nutzen-Analyse schwierig den richtigen Diskontsatz zu berechnen oder zu entscheiden, welche Zeitstufen berücksichtigt werden müssen. Diese Analyse angewandt auf einen Hotspot der biologischen Vielfalt, kann sich zu einer der größten Gefahren für diesen entwickeln. So hat Fander Falconí (2004) für Ecuador herausgefunden, dass einige Schäden, die durch die Erdölaktivitäten verursacht wurden, ökonomisch gemessen und von daher kompensiert werden können, während andere Schäden nicht messbar sind.

Schließlich wird immer mehr akzeptiert, dass, wenn man Umweltleistungen in einen Markt einführt, dies bedeutet, einem asymmetrischen Markt Verteilungsaspekte über die Nutzung der Umweltressource zu übertragen. Dies kann zu einer Konzentration dieser Ressourcen führen und damit zu einem Souveränitätsverlust der Personen, die dieses Ökosystem nutzen.

## **b. Grenzen und Möglichkeiten der ökonomischen Kompensation**

Ein Großteil der jüngsten Debatte über die ITT-Initiative drehte sich um die Notwendigkeit, für die Nichtförderung des Erdöls eine ökonomische Kompensation zu erhalten. Diese von einer wichtigen zu einer unabdingbaren Kondition zu erheben, hat sowohl positive wie negative Aspekte. Zu den Positiven gehört zweifellos, dass Gelder in die Kassen des Staates fließen, die für die Umsetzung sozialer Maßnahmen oder von Umweltpolitik sehr nützlich sein können. Außerdem würde es die Opposition zum Schweigen bringen, die in dem Vorschlag nur eine Abkehr von der Rentabilität des Erdöls sehen.

Aber es gibt auch negative Aspekte. So ist nicht gesichert, dass diese Kompensation direkt an lokale Gemeinschaften fließen beziehungsweise an den Schutz oder der Wiederherstellung von beschädigten Gebieten gebunden sein wird. Mit anderen Worten: Es können große Summen auf internationaler Ebene zusammengetragen werden, ohne dass diese in eine effektive Umwelt- und Sozialpolitik für die Amazonasregion mündet. Das Argument für die Kompensation hängt von dem Vertrauen in die Regierung ab, ihre Versprechen zur Entwicklung der am stärksten verwundbaren Bevölkerung des Landes umzusetzen.

Wenn alles auf die mögliche Kompensation aus dem Ausland reduziert wird, geraten darüber die anderen Gründe für die Initiative in Vergessenheit. Es ist als würde man andere Aufgaben der Verfassung nicht ohne eine gewisse Kompensation oder internationale Hilfe umsetzen. Diese Haltung schwächt den Staat, da seine Aktionsfähigkeit vom Erhalt internationaler Fonds abhängen würde. Trotzdem wird angesichts der hohen Armutsrate des Landes national wie international die Forderung nach Kompensation positiv aufgenommen. Viele würden die Philosophie teilen, dass die Ethik den Zustand, in dem sich das System befindet, reflektieren muss.

Der Erhalt des ITT ist an sich wichtig – unabhängig von der Stimmung und der Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zu zahlen. Die Forderung nach einer internationalen ökonomischen Kompensation darf daher nicht als Entschuldigung für die eigene Inaktivität dienen, sondern muss als Ansporn, national und international aktiv zu werden, gesehen werden. Der eventuelle fehlende Beitrag der internationalen Kooperation zur nachhaltigen Entwicklung Ecuadors muss als Soll in die ökologische Schuld gerechnet werden. So kann man z. B. bemessen, wie viel weniger an internationaler Investition durch den Erhalt des Yasuní aufzubringen ist und wie viel weniger CO<sub>2</sub> emittiert wird – die Summe dieser Werte wäre die Basis für die Kalkulation der Schuld.

Wenn man dieser Gedankenführung weiter folgt, dann ist die internationale ökonomische Kompensation so etwas wie ein Hilfsmittel aber kein Ziel in sich. Die letztendliche Verantwortung liegt beim ecuadorianischen Staat und nicht in den Händen der internationalen Gemeinschaft. Die Regierung kann den Schutz

der Region nicht mit dem Argument aufheben, dass die internationale Kooperation schlecht oder unsensibel oder knauserig in Bezug auf eine finanzielle Unterstützung ist, sondern muss das Projekt trotzdem fortführen, in dem sie die zentralen Themen der Ungleichheit sowie der Umwelt- und Klimagerechtigkeit in die politische Arena trägt. Sie darf nicht nur Kritik äußern sondern muss einen konkreten Vorschlag präsentieren.

Das heißt nicht, dass die Autoren dieses Beitrags die Bedeutung der internationalen finanziellen Unterstützung negieren, aber sie wollen klarstellen, dass der ITT-Vorschlag des Schutzes der Yasuní Region einer nationalen Politik entspringt, die mit der internationalen Politik der CO<sub>2</sub> Reduktion koinzidiert. Daher müssen die internationalen Verhandlungen und die Instrumente zur Ausschöpfung der finanziellen Möglichkeiten diesem politischen Mandat untergeordnet sein und nicht andersherum.

### c. Klimawandel und Emissionshandel

Unter den verschiedenen Möglichkeiten, Gelder zu erhalten, wurde auch überlegt, den CO<sub>2</sub> Markt, der im Rahmen der Maßnahmen gegen den Klimawandel entstanden ist, zu nutzen. Die Idee, die dem CO<sub>2</sub> Handel zugrunde liegt, basiert auf der Vorstellung, dass man auf globaler Ebene Treibhausgasemissionen, die in Industrieländern entstehen, reduzieren kann, in dem man bestimmte kompensatorische Aktivitäten in Ländern des Südens kauft. Um zum Beispiel die Auswirkungen der Gase, die eine neue Fabrik in Holland produziert, zu kompensieren, werden Wiederaufforstungsmaßnahmen in einem Land des Südens finanziert. Diese Maßnahme müsste eine Flächendeckung erreichen, die es erlaubt, CO<sub>2</sub> in der Menge zu binden wie sie die Fabrik in Holland emittiert. Diese Reduzierungen werden von den Industrieländern genutzt, um ihre Ziele im Kyoto Protokoll zu erreichen.

Man könnte davon ausgehen, dass, wenn man das Erdöl im Boden lässt, eine bestimmte Menge von Treibhausgasen nicht emittiert wird und von daher könnte Ecuador einen Teil der Kompensation beantragen. Dies ist allerdings in den bestehenden Mechanismen des Kyoto Protokolls nicht vorgesehen. Außerdem hängt das Volumen des gebundenen CO<sub>2</sub> von der Oberfläche des Waldes ab und diese wäre im Falle des Yasuní begrenzt, da das Erdöl, das nicht verbrannt wird, nicht in die Kalkulation einbezogen wird.

Um auf diesem Gebiet weiterzukommen, muss man mehrere Probleme der Verhandlungen über die CO<sub>2</sub> Bindung betrachten. Seine Effektivität ist Gegenstand vieler Kontroversen, da es keine gesicherten Beweise dafür gibt, dass dies tatsächlich zu einer Reduktion von Emissionen beiträgt. So ist nicht klar, wie hoch die Reduktion wäre, wenn es sie denn gäbe (siehe z.B. Schneider 2007, Ward/Viktor 2008). Außerdem gibt es die Möglichkeit, dass gegenteilige Effekte produziert werden (sogenannte *leakages* in der Terminologie des Kyoto Proto-

kolls oder *second best* Wirkungen in der Sprache der mathematischen Mikroökonomie). Zum Beispiel: Einen Primärwald zu roden und zu verbrennen, um danach Eukalyptus anzupflanzen, war ursprünglich nicht im Protokoll vorgesehen. Dieser CO<sub>2</sub> Markt, gedacht als ein Ausweg aus den Konflikten um den Klimawandel, ist in Wahrheit ein neues Geschäft mit Klimadesastern. Es gibt nach wie vor verschmutzende Industrien und die Mittelsmänner machen Milliongewinne, ohne dass substantielle Fortschritte gemacht worden wären.

Der freiwillige Markt mit CO<sub>2</sub> ist sogar noch gefährlicher als der im Kyoto Protokoll etablierte, da dort zumindest eine Quote pro Land und damit für die jeweilige Industrie festgelegt wird. Aber der freiwillige Markt wächst ohne irgendwelche Regulierungen, was die Chancen, Emissionsgrenzen für die einzelnen Länder zu setzen, unterminiert. Er verhindert dadurch die Entwicklung adäquater Umweltpolitiken, die immer dringender zur Lösung der wachsenden ökologischen Probleme benötigt werden.

Der aktuelle internationale Rahmen enthält eine Bedingung, die seine Anwendung auf den Yasuní Park nahezu unmöglich macht. Die CO<sub>2</sub> Märkte sind dazu geschaffen, die CO<sub>2</sub> Emissionen der Industrie- und Transformationsländer auszugleichen, aber er bezieht sich nicht auf den Ursprung der Treibstoffe, die dort verbrannt werden. Sowie das Erdöl in Ecuador gefördert wurde, kann es danach irgendwo auf der Welt verbraucht werden. Von daher kann nicht angegeben werden, ob durch die ITT Initiative in einem bestimmten Land weniger CO<sub>2</sub> produziert würde. Die aktuellen Instrumente beziehen sich auf spezifische Vorhaben wie Fabriken oder Deponien. Es gibt weder eine globale (Ver-) Rechnung über den Verbrauch von Treibstoffen noch werden Grenzen dafür als Möglichkeit, den Klimawandel zu bekämpfen, diskutiert.

Neben diesen Beschränkungen gibt es aber trotzdem in den internationalen Verhandlungen - vor allem zum Klimaschutz – einige Möglichkeiten, die im Folgenden diskutiert werden sollen.

## **Mögliche Wege zur Umsetzung der Initiative**

Wie bisher dargelegt, muss die ITT Initiative zum einen Teil der staatlichen Politik sein, zum anderen aber muss man die Instrumente und Mittel identifizieren, die ihre Umsetzung erleichtern. Auf dem Weg der Umsetzung gibt es viele Optionen und diese Vielfalt ist kein Problem, da sie die Abhängigkeit von einem einzigen Instrument vermeidet. Die Herausforderung liegt eher darin, dass diese Instrumente funktional sein müssen, sich gegenseitig ergänzen oder verstärken und dass, wenn eines missglückt, die anderen die Fortentwicklung der Initiative erlauben.

Im Folgenden werden die wichtigsten Instrumente und Finanzmechanismen kurz skizziert.

### **a. Normative Mechanismen**

Die neue Verfassung Ecuadors stellt klar, dass der Schutz des Yasuní Gebietes Verfassungsauftrag ist und somit Teil der staatlichen Politik. Dies erfordert die Anpassung der alten Gesetzgebung an die neue Verfassung und das Füllen bestehender gesetzlicher Lücken. Das nächste Umweltgesetz muss den Erhalt des Yasuní Parks ermöglichen und fördern.

### **b. Finanzielle Unterstützung**

Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung werden hier als unterstützende Mechanismen gesehen, die durch das politische Mandat definiert sind. Hier gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die untereinander komplementär sind:

- Gründung eines staatlichen Fonds speziell für den Schutz des Gebietes, der nach den gleichen Vorgaben wie andere staatliche Haushaltstitel für Gesundheit oder Bildung funktioniert.
- Außerordentliche Fonds, die unter der Prämisse, den Verlust Ecuadors durch die entgangenen Erdöleinnahmen abzufedern, aufgelegt werden.
- Fonds, die von der internationalen bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit oder anderen Institutionen wie Personen zur Verfügung gestellt werden.
- 

### **c. Neue Positionen bei den internationalen Verhandlungen**

Dies ist ein notwendiges Kapitel zur Stärkung des Vorschlags und die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten braucht internationale Unterstützung. Dieser Aspekt wird später noch vertieft. Aber es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Aktivitäten im Rahmen des Amazonaspaktes, auf südamerikanischer Ebene und global im Rahmen der Klimaverhandlungen notwendig sind. Diese müssten darauf abzielen, die finanzielle Unterstützung für das Moratorium im Kontext einer globalen Rechnung zu operationalisieren – dies findet zurzeit nicht statt. Dieser Schritt erfordert die Koordination mit den anderen lateinamerikanischen Ländern und höchstwahrscheinlich schwierige Verhandlungen mit den G77 plus China Ländern.

## **Struktur und Optionen der Finanzierung**

Mit diesem Vorschlag soll versucht werden, eine politische Übereinstimmung über den Aufbau eines oder mehrerer Fonds für das geplante Ziel zu erreichen. Die Möglichkeiten, die hier aufgezeigt sind, schöpfen nicht alle vorhandenen Optionen aus und neue können aus der zu führenden Debatte entstehen.

### **a. Auf der Ebene der Verwaltung**

Der Staat wird die Fonds für die ITT Initiative verhandeln und verwalten, um das Erdöl im Boden zu lassen. Die Verantwortung für den Schutz wird nicht an private nationale oder ausländische Institutionen delegiert ebenso wenig wie die Formulierung der entsprechenden Politik oder die Verwaltung des Schutzgebietes.

Von Beginn an muss klar sein, dass die ITT Initiative eine ecuadorianische ist, die die indigenen Völker, die in freiwilliger Selbstisolation leben, und die biologische Vielfalt der Region schützen will. Nichtsdestoweniger ist es auch gleichzeitig eine Frage von internationaler Bedeutung – vor allem vor dem Hintergrund der Mitverantwortung der reichen Staaten, Verursacher der meisten ökologischen Probleme.

### **b. Finanzierungsquellen**

Der Fonds könnte aus unterschiedlichen Quellen gespeist werden:

#### 1. Fonds außerhalb Ecuadors

- Beiträge aus dem System der Vereinten Nationen und der multilateralen Entwicklungsbanken wie z.B. der *Global Environmental Facility* (GEF).
- Beiträge der bi- und multilateralen Zusammenarbeit. Dies könnten Geldmittel sein, die einzelne Regierungen (Deutschland hat z.B. seine Bereitschaft bereits geäußert) oder andere Ländergruppen bereitstellen.
- Beiträge von Personen, Organisationen, Unternehmen etc., die eigenverantwortlich handeln.
- Fonds, die unter der Ägide eines zukünftigen Klimaprotokolls, welches das Kyoto Protokoll ersetzen wird, mit dem Ziel der CO<sub>2</sub> Reduktion aufgelegt werden. Dieser Fond könnte der größte sein, da er sowohl das nicht genutzte Erdölvorkommen als auch den erhaltenen Wald in Rechnung stellen könnte.

#### 2. Fonds in einem globalen Steuersystem

- Ökosteuern

#### 3. Mittel aus Ecuador

- Restrukturierung der Auslandsschulen mittels der Ausgaben von speziellen Boni oder Schuldscheinen



- Ausgabe von „Sucres<sup>1</sup>“ gestützt durch das Erdöl des ITT.

Darüber hinaus könnten unterstützende Maßnahmen für die Finanzierungsmechanismen gefunden werden. So könnten z.B. die Bürgerinnen und Bürger der reichen Länder, die zum ITT Fonds beitragen, dies von ihren Steuern in ihren Ländern absetzen.

Hervorzuheben ist, dass die verschiedenen Optionen für einen Fonds zur Unterstützung der ITT Initiative sich nicht gegenseitig ausschließen, sondern eher komplementär sind.

### c. Mechanismen und Garantien

Der ecuadorianische Staat würde nicht verhandelbare Zertifikate ausgeben, in denen er auf die Ausbeutung der Erdölreserven im Yasuní verzichtet, in denen Garantien für den Fall eingeschlossen sind, dass der Staat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Um die Gelder zu verwalten könnte ein Treuhandfonds gebildet werden, bis nationale Investitionen für nachhaltige Entwicklung im nationalen Haushalt verankert sind.

Hier muss klargestellt werden, dass allen natürlichen wie juristischen Personen, die zu dem ITT-Fonds beitragen, die adäquate Nutzung der Gelder zugesichert wird. Alle Beitragenden müssen die Sicherheit haben, dass sie ihr Geld zurück erhalten, falls der ecuadorianische Staat seine Verpflichtungen nicht einhält. In dem Fall müssen die Sanktionen greifen, die in den Garantien formuliert wurden. Falls eine zukünftige ecuadorianische Regierung das Erdöl fördern sollte, so müssen mit den Einnahmen zuerst die erhaltenen Gelder zurückgezahlt werden. Die Zahlungen für nicht produzierte CO<sub>2</sub> Emissionen würden von zukünftigen Regierungen erfolgen und wären ein starker Anreiz, um die Garantien zu respektieren.

Die Verwaltung muss außerdem die Beteiligung von Vertretern der Amazonasgemeinschaften, vor allem der von Erdölaktivitäten betroffenen, und zivilgesellschaftlichen Organisationen vorsehen.

Die Verwendung der Fonds müsste in erster Linie für den ökologischen und sozialen Schutz des Yasuní Gebietes erfolgen. An zweiter Stelle käme die Unterstützung und Förderung von nachhaltigen Vorhaben in anderen Amazonasregionen inklusive der Ausbesserung von Schäden, die durch die Erdölaktivitäten entstanden sind.

Dieser Fonds darf die Fehler, die Ineffizienz und fehlende Transparenz des FEIREP (*Fondo de Estabilización, Inversión Social y Producción, y Reducción*

---

<sup>1</sup> Hier handelt es sich um ein Wortspiel. Gemeint ist das *Sistema Unitario de Compensación Regional*, der Sucres war aber auch die Währung Ecuadors vor der Dollarisierung (Anm. Hrsg.).

*del Endeudamiento* – Fonds zur Stabilisierung, für soziale und produktive Investitionen und zur Reduzierung der Verschuldung), der in finanziellen Spekulationen endete und im Endeffekt nur externe und interne Schulden bediente, nicht wiederholen (Falconí und Ponce, 2005).

#### **d. Höhe des Fonds**

Der Umfang der Gelder, die der (oder die) Fonds verwalten sollen, bedarf einiger Kommentare. Man kann mindestens drei unterschiedliche Szenarien unterscheiden:

- Der Betrag definiert sich durch die notwendige Geldmenge, um den Schutz der Umwelt und das Überleben der lokalen Gemeinschaften zu garantieren.
- Der Betrag entspricht dem Gewinn, der dem Staat durch die Nichtnutzung des Erdöls verloren geht. Diese Option wird von einigen als „Kompensation“ betrachtet.
- Schließlich könnte man an einen breit angelegten Fonds denken, der Mittel zur Verfügung stellt, um die Infrastruktur des Landes zu verbessern, bis zu dem Punkt, dass man Ecuador zu einem Land der ersten Kategorie gemäß dem Index für menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen erklären könnte.

Die erste Option ist relativ einfach, da sie lediglich die Gelder vorsieht, um das Schutzgebiet, die Parkwächter etc. zu erhalten und die Basisbedürfnisse der lokalen Gemeinschaften zu befriedigen.

Die zweite Option ist sehr viel komplexer. Einerseits kann man diskutieren, wie hoch der Anteil für den Fonds sein müsste: Die Hälfte der zu erwartenden Gewinne für den Staat? Mehr als 50%? Oder ein geringerer Beitrag? Welches sind die Kriterien um 50% der zu erwartenden Gewinne zu fordern und nicht z. B. 75% oder 25%?

Die dritte Option ist die realistischste, um eine Garantie dafür zu erhalten, dass der Yasuní und seine Erdölvorräte niemals ausgebeutet werden.

Die Kalkulation des Referenzwertes für die zu erwartenden Gewinne ist überaus schwierig und kann zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. So ist es notwendig zu bestimmen, ob lediglich die Gewinne der potenziellen Einnahmen aus dem Verkauf des Erdöls genommen werden oder ob auch die notwendigen Investitionen für die Erdölförderung und die Konstruktion der Infrastruktur in die Kalkulation einbezogen werden. Unklar ist auch, welcher Referenzpreis für das Erdöl genommen wird.

So muss man in Rechnung stellen, dass der Verfall des Erdöls auf den internationalen Märkten zu einer Verringerung der zu erwartenden Einnahmen um

elf Milliarden US \$ (847 Mio. jährlich) führen würde. Dieser Aspekt ist ein weiteres Argument dafür, die Initiative nicht auf die ökonomischen Dimension basierend auf den zu erwartenden Gewinnen zu reduzieren. Im Falle einer zu starken Anbindung an den internationalen Erdölpreis könnte diese Initiative selber zu einem Spielball von Spekulationen werden. Im Folgenden sollen die einzelnen Optionen der Finanzierung detaillierter diskutiert werden.

Restrukturierung der Auslandsverschuldung durch die Ausgabe eines speziellen Bonus.

Hierbei handelt es sich um einen Mechanismus der Restrukturierung der Auslandsverschuldung, die in einen speziellen Bonus überführt wird. Ein gewisser Betrag der Auslandsverschuldung wird ausgesetzt solange der ecuadorianische Staat das Erdöl im Boden lässt. Im Falle, dass eine zukünftige Regierung das Erdöl doch fördert, würde sich dieser Spezialbonus wieder in eine klassische Auslandsschuld umwandeln. Dieser Vorschlag wäre Gegenstand einer politischen Verhandlung auf internationaler Ebene und würde den bestehenden Beschluss der Regierung fortführen, den nicht legitimierten Anteil der Auslandsverschuldung nicht zu bezahlen und den Rest anzuerkennen.

Dieser Mechanismus könnte sehr schnell umgesetzt werden und viel Geld für den ITT-Fonds mobilisieren, da Gelder aus dem Staatshaushalt frei würden, die vorher für den Schuldendienst vorgesehen waren und jetzt für die Umsetzung des Vorschlages genutzt werden könnten.

Die Terms der Restrukturierung der Schuld müssen mit sehr großer Sorgfalt diskutiert werden. So würde man mit der Schuldenumwandlung z.B. die Legitimität der Auslandsschuld anerkennen.

Wenn der Mechanismus greift, könnte er Wegbereiter für noch weitergehende Übereinkünfte sein. Komplementär zur ITT-Initiative könnte man eine Übereinkunft mit den bi- und multilateralen Gläubigern Ecuadors mit dem Ziel verhandeln, die Schulden auszusetzen, um ein Moratorium für sämtliche Erdölvorhaben im ganzen Land umzusetzen.

## **Ökosteuern**

Präsident Rafael Correa hat den Mitgliedern der OPEC (Organisation der erdöl-exportierenden Länder) die Einführung einer Steuer auf jeden exportierten Barrel Erdöl vorgeschlagen. Hierdurch soll ein Fonds aufgebaut werden, um die energetische Umwandlung dieser Länder zu finanzieren und um die Erdölförderung in ökologisch sensiblen Gebieten zu verhindern. Dieses Konzept wäre auch für den Erhalt des Ysauní-Parks anwendbar. Diese Abgabe wurde nach ihren Initiatoren Daly-Correa-Steuer genannt. Mit einer ähnlichen Zielsetzung hat der Umweltminister von Brasilien (Carlos Minc) im April 2009 den G 8 Staaten vorgeschlagen, eine zehnprozentige Steuer auf die Gewinne aus der Erdölindust-

rie zu erheben, damit Entwicklungsländer ihren Kampf gegen den Klimawandel verstärken können.

Durch diese Steuer würden zusätzliche Kosten auf die großen erdölimportierenden Länder zukommen, die die Hauptverantwortlichen für den Klimawandel sind. Man kann davon ausgehen, dass ohne die Kartellbildung im Erdölsektor in den 60er Jahren und die darauf folgende Verminderung der Nachfrage der Klimawandel sehr viel weiter fortgeschritten wäre. Unerwartet und ironischerweise hat die OPEC ökologischen Zielen gedient. Der Fonds würde eigenständig durch die Mitgliedstaaten der OPEC verwaltet. Mit diesen Geldern könnten Projekte armer Länder ohne Erdölreserven im Rahmen einer allgemeinen solidarischen Energiepolitik unterstützt werden. Der Beitrag, den Ecuador erhalten würde, könnte direkt der ITT-Initiative zugeführt werden.

Dieser Vorteil könnte aber gering ausfallen, wenn die OPEC den Erdölpreis der Elastizität der globalen Erdölnachfrage anpasst, was dazu führen könnte, dass ein Teil dieser Steuer von den erdölexportierenden Staaten selber aufgebracht werden müsste. Dies würde die Akzeptanz dieser Steuer innerhalb der OPEC verringern. Daher liegt die Umsetzbarkeit dieser Steuer nicht nur bei den exportierenden Ländern sondern auch bei den importierenden (vor allem den großen wie Japan, EU und USA), die akzeptieren müssten, dass ein Teil des (höheren) Endpreises für Rohöl zur Finanzierung von Initiativen wie dem ITT verwendet werden.

### **Ausgabe von Sucres zur Unterstützung des ITT**

Im Rahmen der Bildung der Bank des Südens und eines Fonds zur Stabilisierung des Südens wurde auch der Aufbau eines einheitlichen Systems zur regionalen Kompensation (*Sistema Unitario de Compensación Regional* - SUCRE) diskutiert. SUCRE soll den regionalen Handel erleichtern und die Entdollarisierung der Handels- und Finanzbeziehungen zwischen den Regionen fördern. Diese Initiative könnte eine Vorstufe für ein regionales Geld- und Finanzsystem mit einem eigenen Finanzkodex sein.

Im Falle von Ecuador könnte das Erdöl im Untergrund des Yasuní als Garantie genutzt werden. Diese Reserven würden dann eine ähnliche Rolle wie in der Vergangenheit das Gold als Deckung für die nationale Währung spielen. In diesem Fall muss darauf hingewiesen werden, dass damit keine Förderungsabsicht der Reserven verbunden ist.

### **Internationale Verhandlungen**

Viele der unterschiedlichen Facetten, die wichtig für die ITT-Initiative sind, benötigen eine starke Anwaltschaft durch Ecuador bei den internationalen Ver-

handlungen. Unserer Meinung nach ist die internationale Komponente für die ITT-Initiative unabdingbar.

Da die Initiative das Ökosystem des Amazonas schützen will, braucht sie die Unterstützung der Unterzeichnerstaaten des Amazonasvertrags (*Tratado de Cooperación Amazonica*). Der Amazonasvertrag ist eine der wenigen regionalen Übereinkünfte mit einem expliziten Mandat zum Schutz der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcen der Region.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, das Beispiel des PPG 7 (Pilotprogramm zum Schutz der tropischen Wälder) zwischen der Regierung Brasiliens und den Industrieländern der G7 auszuwerten. Das Programm wurde 1992 begonnen und von unterschiedlichen Ländern (vor allem Deutschland) und der Weltbank unterstützt. Es ist ein Beispiel für die internationale Koordination zum Schutz der Umwelt in einem wichtigen Ökosystem für Brasilien aber auch für die ganze Welt (siehe auch Andrade Abdala, 2008). Ausgehend von diesen Beispielen könnte man verschiedene Optionen für den ITT entwickeln, z. B. ein analoges Programm für den ecuadorianischen Amazonas oder für die ganze Region. Im andinen Bereich ist der Beschluss von 2002 der *Comunidad Andina* zum Erhalt der biologischen Vielfalt eine wesentliche Grundlage, um Unterstützung zu verhandeln. Auf kontinentaler Ebene ist es sinnvoll, die Initiative in der *Union de Naciones Suramericanas* (UNASUR) zu präsentieren, weil dies ein politisches Forum ist, das speziell Themen der Energieversorgung behandelt. Es ist klar, dass es für den Schutz der natürlichen Ressourcen mehr Verbündete gibt als das Umfeld der erdölexportierenden Länder, die z.T. divergierende Interessen in dem Handel mit Rohöl vertreten oder deren nationalen Erdölunternehmen Interesse an der Erdölförderung im Yasuní haben. Wir sind uns klar, dass es eine Reihe von Spannungen und Unterschieden gibt, aber vor allem möchten wir unterstreichen, dass diese Initiative sehr viel mehr Erfolg haben wird, wenn sie die Unterstützung der lateinamerikanischen Nachbarn erhält.

Auf globaler Ebene bieten sich in erster Linie die Verhandlungen in der Klimarahmenkonvention an. Zurzeit finden angespannte Verhandlungen über die Formulierung eines Nachfolgeprotokolls für das Kyoto Protokoll statt. Wie bereits oben beschrieben sind die zurzeit gültigen Mechanismen für die Umsetzung der ITT-Initiative nur schwer anwendbar, da die Reduktionsziele sich auf die Industrie- und Transformationsländer beziehen. Außerdem gibt es keinen Mechanismus, der die Reduzierung von Emissionen aus dem Nicht-Fördern von Erdöl anerkennt.

Auch wenn diese und andere Aspekte schwierig sind, so stimmt es doch auch, dass sich die politische Stimmung bei diesen Verhandlungen geändert hat. Es gibt zunehmend Druck, weitreichendere Ziele zu beschließen. Außerdem beginnt man, viele alternative Mechanismen zu diskutieren. So hat man begonnen, eine Übereinkunft zur Reduzierung der Entwaldung zu diskutieren und die Grundlinien haben durchaus einige Ähnlichkeiten mit der ITT-Initiative. So

könnten die Emissionen, die nicht produziert werden, be- und angerechnet werden. Es ist in jedem Fall wichtig, dass Ecuador beginnt, formale Vorschläge bei den internationalen Verhandlungen zu unterbreiten. Dazu ist in jedem Fall eine Änderung der Verhandlungshaltung des Landes notwendig. Es ist nicht ratsam, einen Vorschlag mit dieser Reichweite mit der Forderung der Kompensationszahlung als zentrales Thema zu verknüpfen oder das Land mit einer Opferhaltung zu präsentieren. Diese Haltung ist kontraproduktiv, da sich viele Menschen fragen, warum es notwendig ist, ein Land zu kompensieren, das bereits die Relevanz und Dringlichkeit des ökologischen Schutzes und der indigenen Gruppen anerkannt hat. Mit anderen Worten, es ist nicht die internationale Gemeinschaft, die eine zusätzliche oder außerordentliche Anstrengung verlangt, sondern das Land hat selber in seinen Gesetzen die außerordentliche Bedeutung der Yasuní-Region anerkannt. Darüber hinaus verstärkt diese Haltung das wachsende Image, dass die Staaten des Südens nur Maßnahmen gegen den Klimawandel ergreifen wollen, wenn die Industrienationen sie dafür zahlen.

Das Land hat die Möglichkeit, eine Führungsrolle bei den internationalen Verhandlungen zu übernehmen. Aber um diese ausüben zu können, muss es die alten Diskurse und Praktiken verlassen.

Im Augenblick ist es möglich, neue Verpflichtungen und Übereinkünfte zu erzielen, um internationale Obligationen einzuhalten. Dies erfordert eine sehr viel aktivere Rolle der ecuadorianischen Diplomatie. Sie müsste Konzepte und Szenarien der Umsetzung entwickeln und mit Energie und Ausdauer in den internationalen Verhandlungen über Klimaschutz intervenieren. Die ecuadorianische Regierung müsste hier ihre Anstrengungen verdoppeln und das Außenministerium müsste die Verantwortung für die Präsentation der ITT-Initiative übernehmen.

Vor allem in den Verhandlungen für den Klimagipfel könnte Ecuador einen globalen Focus und nationale Ziele für Nachhaltigkeit mit einer substantiellen Reduzierung der Gasemissionen einbringen. Das Ziel müsste sein, eine CO<sub>2</sub> neutrale Emissionsbalance zu erhalten. Die internationale Diskussion über den ITT-Vorschlag könnte ein Beispiel für andere Staaten zur Überwindung der Abhängigkeit sein und Bedingungen zur Finanzierung ähnlicher Vorschläge ermöglichen.

## **Schlussbetrachtung**

Das vorliegende Dokument will die Diskussion über ITT beleben und vertiefen, damit das Erdöl des Yasuní Parks im Boden bleibt.

Wir halten die Initiative, die als Teil staatlicher Politik verstanden werden muss, für umsetzbar. Die ökologische und soziale Bedeutung wurde aus unterschiedlichen Gesichtspunkten verdeutlicht und die nationale Gesetzgebung und vor allem die neue Verfassung machen aus dem Schutz dieser Region einen na-

tionalen Imperativ. Die Diskussion dreht sich daher um die Frage, wie dieses Mandat in die Praxis umgesetzt werden kann.

Auf nationaler Ebene sehen wir in der Initiative einen Beitrag zur Entwicklung des Konzeptes des „Guten Lebens“. Aber die Initiative ist auch auf regionaler und globaler Ebene wegen ihrer Auswirkungen auf den Klimaschutz und den Erhalt der biologischen Vielfalt sehr wichtig.

Die wirtschaftlichen Aspekte der Initiative wurden aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert und die Spannungen, die in der Frage der ökonomischen In-Wertsetzung liegen, hervorgehoben. Die Bereitstellung von finanziellen Mitteln würde die Möglichkeiten der Umsetzung der Initiative stärken, aber als Teil der staatlichen Politik können die finanziellen Fragen keine Entschuldigung für Inaktivität sein.

Die Notwendigkeit, die Region zu erhalten, wurde mehr als einmal von Regierungsmitgliedern bestätigt. Von daher muss die Forderung nach internationaler Kompensation vor allem im Kontext der Diskussion um Klimagerechtigkeit gestellt werden, da der Staat den Schutz der Region bereits in seiner Gesetzgebung anerkannt hat. Auf jeden Fall ist es wichtig, dass Ecuador die Notwendigkeit internationaler Aktivitäten zur Lösung globaler Probleme aufgreift und praktische Schritte im Rahmen der differenzierten aber gemeinsamen Verantwortung unternimmt.

Die meisten Anstrengungen müssen in das Aufzeigen verschiedener politischer und ökonomischer Optionen fließen, um einen oder mehrere Fonds aus unterschiedlichen aber komplementären Quellen zu bilden und um internationale Übereinkünfte zu erzielen, die zur Entwicklung des *sumak kawsai* und einer Post-Erdölökonomie in Ecuador beitragen. Von daher müssen konkrete Aktivitäten angestoßen werden, um die Tür für politische und auch finanzielle Optionen zu öffnen.

Dazu ist eine aktive Rolle der ecuadorianischen Regierung bei internationalen Verhandlungen auf lateinamerikanischer Ebene und bei den Klimaverhandlungen unablässig. Es gibt regionale Erfahrungen, die berücksichtigt werden müssen, die Koordination mit anderen Ländern ist notwendig und vor allem muss Ecuador bereit sein, eine Führungsrolle zu übernehmen.

## Literatur

- Acosta, Alberto. 2009. *La maldición de la abundancia. ¿Del petróleo a la minería a gran escala?*, Quito (im Druck)
- Andrade Abdala, F. de. 2008. *Governança global sobre florestas: estudo exploratório sobre o caso do programa piloto para proteção das florestas tropicais do Brasil (1992-2006)*, pp 253-268, En: "Ajedrez ambiental. Manejo de recursos naturales, comunidades, conflictos y cooperación" (J.S. Weiss y T. Bustamante, eds). FLACSO y Ministerio de Cultura de Ecuador, Quito.
- Berinstain, Carlos Martín, Páez Rovira, Fernández, Itziar. 2009. *Las palabras de la selva - Estudio psicosocial del impacto de las explotaciones petroleras de Texaco en las comunidades amazónicas del Ecuador*. HEGOA, Bilbao.  
[http://pdf2.hegoa.efaber.net/entry/content/442/Las\\_palabras\\_de\\_la\\_selva.pdf](http://pdf2.hegoa.efaber.net/entry/content/442/Las_palabras_de_la_selva.pdf)
- Comunidad Andina. 2002. *Estrategia regional de biodiversidad para los países del trópico andino*. Resolución 523, Consejo Andino de Relaciones Exteriores, Lima.
- Falconí B., F. 2004. *Los pasivos de la industria petrolera. A propósito del juicio a la Texaco*, pp 27-25, En: "Petróleo y desarrollo sostenible en Ecuador. 2. Las apuestas" (G. Fontaine, ed). FLACSO, Quito.
- Falconí B., F. y J. Ponce J. 2005. *¿Influyen los precios del petróleo en el alza de los Global 12? Una reflexión de coyuntura sobre el endeudamiento externo ecuatoriano*. Iconos, FLACSO Quito, 23: 9-15.
- Fontaine, G. 2007. *Entre ecologismo utópico y nacionalismo pragmático: el proyecto Ishpingo, Tambococha y Tiputini (ITT) y la gobernanza energética en el Ecuador*. Observatorio Socioambiental, FLACSO, Documento de Trabajo No 1, diciembre 2007, Quito.
- Fontaine, G. y Narváez, I. 2007. *Problemas de la gobernanza ambiental en el Ecuador*, pp 13-31, En: "Yasuní en el siglo XXI. El estado ecuatoriano y la conservación de la Amazonía" (G. Fontaine e I. Narváez, coord.). FLACSO, Quito.
- GeoAmazonia. 2008. *Perspectivas del Medio Ambiente en la Amazonía*. GeoAmazonia. OTCA, PNUMA y Universidad del Pacífico, Lima.
- Martínez, Esperanza (2009); *Yasuní: dejar el crudo en tierra, un reto a la coherencia*, en *Revista La Tendencia* N° 9, ILDIS, Quito, marzo-abril.
- Narváez, I. (2007). *La política ambiental del Estado: ¿Hacia el colapso del modelo de conservación?* Pp 33-73, En: "Yasuní en el siglo XXI. El



---

*Estado ecuatoriano y la conservación de la Amazonía*” (G. Fontaine e I. Narváez, coords.). FLACSO, Quito.

Narvaéz, I. 2009. *Petróleo y poder: el colapso de un lugar singular Yasuní*. FLACSO – GTZ, Quito.

Schneider, L. 2007. *Is the CDM fulfilling its environmental and sustainable development objectives? An evaluation of the CDM and options for improvement. Report prepared for WWF, Institute for Applied Ecology, Berlin, 5 November 2007.*

Vogel, Joseph. 2009. *The Economics of the Yasuní ITT Initiative* (mimeo).

Wara, M.W. y D.G. Victor. 2008. *A realistic policy on international carbon offsets. Program on Energy and Sustainable Development, Stanford University, Working Paper #74, 2008.*

*Aus dem Spanischen von Heidi Feldt*